

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Staatskanzlei](#) > [Bayern in Berlin](#) > **Plenarsitzungen im Bundesrat**

Bundesratssitzungen

Sitzung des Bundesrates am 6. März 2026

6. März 2026

Im Zentrum der Beratungen des Bundesrates stand das sog. „**KRITIS-Dach-Gesetz**“ zum **Schutz kritischer Infrastrukturen vor physischen Bedrohungen** wie Sabotage, Terrorismus und Naturkatastrophen. **Bayerns Bundesratsminister und Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann**: „Mit dem KRITIS-Dachgesetz schaffen wir einen Rahmen für den noch besseren Schutz etwa von Kraftwerken, Strom- und Funknetzen, Krankenhäusern oder der Wasser- und Lebensmittelversorgung vor Gefahren wie Naturkatastrophen, Terroranschlägen oder menschlichem Versagen.“



Foto: Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL (re)
und Staatsminister Eric Beißwenger, MdL

Am Rande der Plenarsitzung konnte sich **Staatsminister Dr. Florian Herrmann** auch kurz mit **S. E. Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland**, austauschen.



Foto: Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL (re)
und S. E. Ron Prosor

Die **Staatsregierung** hatte **verschiedene Initiativen** in den Bundesrat eingebracht, die nun in den Ausschüssen beraten werden:

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber stellte **eine Initiative zur EU-Wiederherstellungsverordnung vor, die eine Aufhebung**, mindestens aber eine grundlegende Überarbeitung der Verordnung fordert. Durch die Verordnung wird die Naturschutzarbeit der Länder mit strengen Überwachungs- und Berichtspflichten verbunden, die für die ohnehin stark belasteten Verwaltungen einen erheblichen Mehraufwand bedeuten. Eine angemessene finanzielle Beteiligung von EU- sowie von Bundesseite ist für die Umsetzung unabdingbar. Die Staatsregierung hat ihre Kritik wiederholt angebracht, den Forderungen wurde bisher jedoch nicht nachgekommen.
mehr:

[zur Initiative Bayerns](#)

[zum Video](#) (Link)



Foto: Staatsminister Thorsten Glauber

Bayern startete zudem zwei weitere Bundesratsinitiativen zur Beschleunigung des Windenergieausbaus:

- Kern ist ein **Gesetzesantrag** für eine **einmalige Sonderausschreibung**, mit der bereits weit fortgeschrittene Projekte schneller umgesetzt werden sollen. Viele Vorhaben erhalten aktuell trotz Genehmigung keinen Zuschlag in den bundesweiten Ausschreibungen und können daher nicht gebaut werden. Dies gefährdet den erforderlichen Ausbau der Windenergie und das Erreichen der energiepolitischen Ausbauziele in Bund und Land.
- Ergänzend setzt sich die Staatsregierung mit einem **Entschließungsantrag** für **höhere Ausschreibungsvolumina 2027 und 2028** ein, um den Windenergieausbau langfristig abzusichern. Darüber hinaus fordert Bayern ein Festhalten an den bundesweiten Flächenzielen für die Windenergie bis 2032, damit Länder, Kommunen und Unternehmen Planungssicherheit erhalten und laufende Verfahren nicht gefährdet werden. Dem Antrag ist Schleswig-Holstein beigetreten. *mehr:*

[zum Gesetzesantrag Bayerns](#)

[zum Entschließungsantrag Bayerns](#)

[zum Video](#) (Link)



Foto: Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL (Mitte)
und Staatsminister Eric Beißwenger, MdL auf der
Präsidialbank

[zu den bayerischen Voten](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

